

Wenn die Welt spinnt



In der WOZ gab es doch so eine Rubrik mit dem Titel «Die Welt spinnt!». Sie wäre in den ersten Wochen des neuen Jahres wohl geplatzt. Es begann damit, dass ich von der grössten Partei des Kantons an einer Medienkonferenz erfahren musste, dass ich einen neuen Arbeitgeber habe. Ich schaffe neu nicht mehr im Kindes- und Erwachsenenschutz, sondern bei der Stasi. Frohes neues Jahr!

Die Welt wurde dann zu Charlie. Die Reaktion einer breiten und bunten Bevölkerung in den Strassen und auf den Plätzen Frankreichs war eindrücklich. Weniger gefiel mir die geheuchelte Solidarität einiger Staats- und Regierungschefs, die sich um die vordersten Plätze im Trauermarsch balgten. – Während zu Hause Journalisten, welche die Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit ernst nehmen, im Gefängnis sitzen.

Auch nicht so konsequent ist es, einen trauernden Sämi Schmid als Vertretung der Schweiz nach Saudi-Arabien zu schicken und die Schweizer Flagge auf dem Bundeshaus auf Halbmast zu setzen. Wenige Tage, nachdem der Bundesrat dasselbe Regime scharf kritisiert hatte. Immerhin wurde die Auspeitschung des Bloggers Raif Badawi aus «gesundheits-

lichen Gründen» zeitweilig ausgesetzt, auf dass er sich wieder soweit erhole, dass er wieder geschlagen werden kann. Wie krank ist denn das?

Durcheinander gerieten im Januar auch die Börsen und Devisenmärkte. Die Aufgabe des Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank hat riesige Verwerfungen und anhaltende Verunsicherung ausgelöst.

Was das für die Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft und im Tourismus bedeutet, wagen wir kaum zu denken. Derweil verfällt unser Wirtschaftsminister in seine ehemalige Rolle als Präsident der Arbeitgeber in der Maschinenindustrie und fordert Lohnsenkungen. Vielen Dank! Ein anderer ehemaliger Chef trompetet, Unabhängigkeit (vom Euro) habe eben ihren Preis. Unabhängigkeit? Wenn die Übung eines gezeigt hat, dann gerade eben das nicht! Eigentlich müssten wir der Eurozone beitreten, statt weitere Selbstlügen zu kultivieren. – Oder einfach zusätzliche Bahnwagen nach Konstanz bereitzustellen.

Die unerträglichsten und traurigsten Nachrichten kamen zum Jahresanfang aber wieder aus Syrien und dem Mittelmeer: Wie Hunderte von Flüchtlingen auf alten Frachtern mit dem Autopiloten in Richtung Italien geschickt werden, sprengt alles Menschliche.

Und dann gibt es ja auch noch die Zürcher Politik. Wo man sich in Kommissionssitzungen und Gutachten darüber aufregt, dass die Stadtpolizei zwei Gemeinderäten gedankt hat.

Alle Schrauben locker hat nun auch der Hafenkran. Ich habe mir eine gesichert. Und ich bleibe, was die spinnende Welt angeht, ein Daueroptimist. Es wäre sonst ja auch kaum auszuhalten.

Martin Naef

Eine Zäsur für den EU-Raum



Die erdrutschartige Wahl von Alexis Tsipras zum Ministerpräsidenten bedeutet für den EU-Raum fraglos eine Zäsur. Erstmals seit Gründung der EU wurde der Chef einer Partei ausserhalb des sozialdemokratischen und bürgerlichen europäischen Politestablishments, zu dem letztlich auch die Grünen gehören, Regierungschef. Noch nie wurde seit 1945 in einem westeuropäischen Land der Chef einer derart links stehenden Partei zum Ministerpräsidenten gewählt: Alexis Tsipras vertritt eine Strömung, die sich deutlich links von der Sozialdemokratie positioniert. Die Wahl von Tsipras ist etwa so, wie wenn der Chef der Linken in Deutschland Kanzler würde. Allerdings ist Syriza viel heterogener, ihr gehören Exkommunisten wie Tsipras selbst, aber auch verschiedene Strömungen einer Neuen Linken an, von strikten Leninisten bis zu Autonomisten. Sie alle zu einer recht straff auftretenden Partei vereint und dann innert zehn Jahren aus dem Nichts an die Macht geführt zu haben, nötigt grossen Respekt ab. Letztmals erschien 1977 in Italien der Wahlsieg einer nicht sozialdemokratischen linken Partei möglich. Aus Angst vor dem Sieg der Kommunistischen Partei Italiens des sanften Eurokommunisten Enrico Berlinguer, der dann

allerdings knapp nicht eintrat, zogen die Chefs der Nato-Staaten von Helmut Schmidt bis Jimmy Carter, wie man heute weiss, die Unterstützung eines Militärputsches in Erwägung. Obgleich Griechenland über eine schlimme Tradition mit Militärdiktaturen verfügt, scheint diese Gefahr heute nicht zu drohen.

Ausschlaggebend für den Syriza-Sieg war die Volkswut über das Spardiktat der EU, das zur sozialen Implosion führte. Die alten Traditionsparteien, die die EU-Kredite ausgehandelt hatten, allen voran die einstige linke Säule PASOK, wurden sichtlich abgestraft. Natürlich ist Angela Merkel für diese Politik zum Sinnbild und damit zum Hauptfeind der Griechen geworden. Bis jetzt folgten freilich die EU-Kommission und die EU-Kernländer dem Diktat Merkels, das auch in der grossen Koalition letztlich auf Konsens stösst. Generell sind es nur die links von der SP stehenden Parteien und die Rechtsparteien wie der Front national, welche den Wahlsieg von Tsipras begrüssen, derweil ihn die etablierten Parteien zähneknirschend zur Kenntnis nehmen. Bedeutend ist, dass in einer offensichtlichen Protestwahl erstmals nicht die Rechten, sondern überdeutlich die Linke obsiegte. Dass Tsipras mit den Rechten ein Bündnis eingehen musste, um die Mehrheit zu sichern, ist müssig zu kritisieren, denn ihm blieb gar nichts anderes übrig. Mit EU-Gesundbetern und jenen, die für das Debakel standen, konnte er nicht zusammengehen. Nun beginnt der Kampf um einen Schuldenschnitt: Ausgang offen, Spielraum für Tsipras nicht allzu gross. Aber der Kampf der Südstaaten gegen das Merkel-Brüssel ist in ein neues Stadium getreten. In Spanien könnte sich alsbald mit einem Sieg von Podemos das Ereignis von Griechenland verdoppeln.

Daniel Vischer